

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

Wahlrecht für alle

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.775 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

sich beim Städte- und Gemeindebund, der Hessischen Landesregierung und der Bundesregierung dafür einzusetzen, das aktive sowie passive kommunale Wahlrecht für alle BewohnerInnen unabhängig von der Staatsangehörigkeit gesetzlich zu verankern.

➤ **Geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

sich beim **Deutschen Städtetag** dafür einzusetzen, das aktive sowie passive kommunale Wahlrecht für alle BewohnerInnen unabhängig von der Staatsangehörigkeit gesetzlich zu verankern.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B 90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: ---

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Wahlrecht für alle, 101.16.775, wird **zugestimmt**.

Wolfram Kieselbach
Vorsitzender

Bärbel Seitz
Schriftführerin